

Grüne fordern polizeiliche Deeskalationsstrategie beim NATO-Gipfel

Stuttgart (ddp-bwb). Der Landesvorstand der baden-württembergischen Grünen hat vor dem NATO-Gipfel Anfang April in Straßburg und Baden-Baden eine polizeiliche Deeskalationsstrategie von der Landesregierung gefordert. Der «innenpolitische Aktionismus» rund um den NATO-Gipfel beschädige die Bürgerrechte, sagte der Grünen-Landeschef Daniel Mouratidis am Donnerstag in Stuttgart. «Das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung darf nicht auf dem Altar überzogener Sicherheitsauflagen geopfert werden», fügte er hinzu.

Konkret kritisierte Mouratidis geplante Maßnahmen, wie etwa eine groß angelegte Gefangenen-Sammelstelle. Dies sei «völlig unverhältnismäßig». Der Grünen-Landeschef forderte Innenminister Heribert Rech (CDU) auf, das «Säbelrasseln» einzustellen und zu einer «Mäßigung im Tonfall» und einem konstruktiven Dialog zu kommen.

Weiterhin forderten die Grünen in ihrem Positionspapier, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bürger in der Region Baden-Baden und Kehl während des Gipfels auf ein Minimum zu beschränken. Es sei «absurd», dass gegen Anwohner eine Ausgangssperre verhängt werde und sie ihr Haus nur in Polizeibegleitung verlassen dürften.

Die Demonstranten riefen die Grünen zur Gewaltfreiheit auf. Zudem forderten sie eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für den NATO-Gipfel.